



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/188 - 14.8.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 37654-59

Fernschreiber 039890

Die Führungskrise in der SED	S. 1
USA-Besorgnisse um Adenauer	S. 3
Dollars als Wahlspock	S. 5
Die Wahlsituation in NRW	S. 7
Heimkehrer geben ein Beispiel	S. 6
"Die Alliierten des Kanzlers"	S. 8

Ulbricht und das große Sterben

EZ - Berlin

Die Ausstoßung der drei Spitzenfunktionäre Zaisser, Herrstadt, Achermann aus dem höchsten Führungsgremium der SED war nur der erste Versuch Ulbrichts, den Brandherd, von dem aus das ganze SED-Gebäude seit dem 17. Juni Feuer gefangen hatte, auszutreten. Tag für Tag mehren sich die Anzeichen, daß Ulbricht zur Wiederherstellung seiner Hegemonie innerhalb der Partei zu weiteren Säuberungsmaßnahmen in den Führungskadern auf mittlerer und selbst unterster Ebene gezwungen ist. Diese Pferdekur nach dem Vorbild der sowjetrussischen Reinigungsaktionen muß aber den Partei- und Staatsapparat als Ganzes lähmen und im Endeffekt völlig zersetzen, weil im Gegensatz zu der Sowjetunion das politische Bewußtsein der Massen, weit über die Parteimitgliedschaft hinaus, so stark entwickelt ist, daß jede Erschütterung im Machtapparat selbst sofort Reaktionen in der Mitgliedschaft und im Volk auslösen muß. Für Ulbricht und sein Regime besteht so der circulus vitiosus, daß jede Maßnahme zur Stärkung seiner Position zu einer Schwächung des Apparates führen muß.

Die Reorganisierung des Bezirkssekretariats der SED in Berlin hat vor wenigen Tagen erneut enthüllt, wie tief sich die "Krankheit" in den Körper der sowjetzonalen Staatspartei schon eingefressen hat. Der Spitzenfunktionär Jendretzky, der bereits als Kandidat des Politbüros und ZK-Mitglied vor kurzem nicht

wielergewählt, also ausgestoßen worden war, verlor auch die Führung des Berliner Parteikaders. Jendretzky legte auf der Parteiaktiv-Tagung ein selbstkritisches Schuldbekenntnis ab, in dem es heißt, er habe einen großen Fehler gemacht, als er die Versuche, ihn in die "partei-feindliche Fraktionsbildung" einzubeziehen, nicht r e c h t z e i - t i g e r k a n n t habe. Es besteht kein Zweifel, daß ihm diese Worte von höchster Stelle befohlen worden sind, die nichts anderes besagen, als daß schon ein zu spätes Erkennen einer Gefahr den Funktionär zum Parteifeind abstempelt. Mit dem von Ulbricht geschaffenen Präzedenzfall Jendretzky sind fast alle SED-Funktionäre zu Angeklagten gemacht worden, die jetzt das Urteil des vom neuen ZK eingesetzten Strafgerichts erwarten müssen.

Daß Ulbricht zu so spitzfindigen Anklagen Zuflucht nehmen muß, zeigt, in wie starkem Maße er selbst den SED-Apparat in seinen leitenden Funktionären als zersetzt ansieht. An die Stelle Jendretzkys als 1. Berliner SED-Sekretär ist Alfred Neumann getreten, Stellvertreter des Ostberliner Stadtoberhauptes Fritz Ebert, ein Mann ohne politisches Gesicht, der bisher lediglich als NKWD-Spitzel in sowjetrussischen Kriegsgefangenenlagern eine gewisse Qualifikation als bedingungsloser Befehlsempfänger Ulbrichts bewiesen hat.

Mit der Liquidierung der ZK-Rebellion hat Ulbricht gleichzeitig eine peinlich genaue Untersuchung aller anderen Kaderorgane angeordnet. In allen Bezirken und Kreisen haben in den letzten Tagen Parteiaktivtagungen stattgefunden, auf denen sich unzählige Funktionäre schuldig bekennen mußten. Vor allem in den Industriebetrieben, deren Arbeiter am Aufstand teilgenommen haben, wurden Parteiverfahren, oft gegen die ganze Betriebsparteiorganisation, eingeleitet. Passivität gegenüber dem Arbeiteraufstand allein genügt dabei oft schon zur Verdammung.

Die von Ulbricht befohlene Reorganisation des Parteiapparates enthüllt dabei auch Vorgänge, die nicht weniger typisch für die unheilbare Krankheit der SED sind. Als neue Mitglieder des Berliner Landessekretariats erscheinen überraschend Hermann Axen und Edith Baumann, die sich bisher beide als führende Mitglieder des ZK-Sekretariats, also auf der höchsten politischen Ebene der Zone, in der Gunst Ulbrichts sahen. Als ZK-Leiter für Agitation und Propaganda spielte Axen eine der ersten Geigen am Hofe Ulbrichts. Jetzt muß auch er die Erniedrigung hinnehmen. Ulbrichts Verfolgungswahn ist zum untrüglichen Symptom der tödlichen Krankheit der SED geworden.

Amerika und die deutschen Wahlen

C.L.-New York, Mitte August

"U.S. News and World Report", eine weitverbreitete, konservative, aber sehr gut informierte Wochenschrift, veröffentlichte in ihrer Nummer vom 14. August einen Bericht aus Europa und versah ihn mit dem Titel: "U.S. Friends Losing in Europe" (Die Freunde der Vereinigten Staaten verlieren in Europa). Die Illustration zu diesem Artikel ist ein Bild des Bundeskanzlers Adenauer mit dem bezeichnenden Kommentar: "Deutschlands Adenauer ... ein Alliiertes der U.S. in Sorgen... (worried ally of the U.S.)"

Die "U.S. News" sind in Amerika nicht isoliert in ihrer Besorgnis um das Schicksal des Bundeskanzlers Adenauer und den Ausgang der deutschen Bundestagswahlen. Schon vor wenigen Wochen hat ein anderes konservatives Organ, das "Wall Street Journal", einen Bericht über die wachsenden Schwierigkeiten veröffentlicht, denen die gegenwärtige Politik der Vereinigten Staaten in Europa begegnet. In diesem Artikel wurde darauf verwiesen, daß De Gasperis Wahlschlappe in Italien und die Erschütterung der bisherigen politischen Linie der acht Jahre lang von De Gasperi beherrschten italienischen Regierung keine vereinzelte Erscheinung sei und daß der deutsche Bundeskanzler Adenauer, ein ebenso verlässlicher Freund der Vereinigten Staaten wie De Gasperi, in großen politischen Schwierigkeiten wegen der bevorstehenden Wahlen sei und daß niemand ihren Ausgang vorhersagen könne.

Das State Department (Außenministerium) ist in den letzten Wochen über seine weiteren Absichten und Pläne in Westeuropa recht schweigsam geworden. Aber es besteht kein Zweifel, daß die amerikanische Außenpolitik den Ausgang der italienischen Wahlen als einen schweren Schlag empfunden hat und daß nach De Gasperis Niederlage im italienischen Parlament auch den weniger unterrichteten Amerikanern klargeworden ist was der Ausgang der italienischen Wahlen in Wirklichkeit bedeutet hat. Seither ist in der ganzen amerikanischen Presse gesteigerte Besorgnis um Adenauers Schicksal zu merken. Denn man hat sich hierzulande daran gewöhnt, De Gasperi und Adenauer nicht allein wegen ihrer katholischen Bindungen gewissermaßen als ein Brüderpaar zu bezeichnen: Beide sind

konservativ, beide treten für das ein, was man in Amerika "Free Enterprise" (Unternehmerfreiheit und private Wirtschaft) nennt, und beide haben in Europa eine politische Linie verfolgt, die mit amerikanischen Vorstellungen von der zukünftigen Entwicklung in Europa durchaus übereinstimmt.

Was freilich diese betrifft, sind in den letzten Monaten die Zweifel stärker geworden. Dulles hat, was die äußeren Ziele anbelangt, die Europa-Politik seines Vorgängers Acheson unverändert übernommen, wie er auch sonst an der von ihm selbst vor den Präsidentenwahlen kritisierten Politik nicht viel verändert hat. Aber Dulles' Methoden, die europäische "Integrierung" zu verfolgen, sind etwas anders: Er hat mit einer offenen Drohung an die westeuropäischen Mächte seine "neue Diplomatie" begonnen. Und er hat kurz darauf vor allem den Franzosen eine Frist bis Anfang April dieses Jahres gegeben, die EWG-Verträge zu ratifizieren, da der Kongreß sich sonst nicht bereitfinden würde, die Auslandshilfe zu verlängern. Die Franzosen ebenso wie die Belgier und andere europäische Parlamente haben diese Drohung nicht beachtet - und der amerikanische Kongreß hat trotzdem die Gesetze über die Auslandshilfe beschlossen. Seither hat das State Department wohlweislich nicht mehr an Dulles' April-Frist erinnert und ist überhaupt etwas vorsichtiger in der Behandlung der westeuropäischen Staaten geworden. Nur gelegentlich hört man Bedauern darüber äußern, daß Robert Schuman nicht mehr am Quai d'Orsay amtiert ...

Dulles hat aus dem Schicksal seiner ins Leere ausgestoßenen Drohungen gelernt, daß die Zeiten vorüber sind, in denen man in allen Details die amerikanische Linie in Europa durchsetzen konnte. Aber nun ist es noch schwieriger für Washington geworden: De Gasperi nicht mehr italienischer Regierungschef - und Adenauer ist ein Allierter in Sorgen...

So spitzen sich die deutschen Bundestagswahlen für den Mann von der Straße, der sich hierzulande für Außenpolitik interessiert, zu einer Entscheidung über die bisherige amerikanische Politik für Europa zu: Denn wenn nun auch der dritte der verlässlichsten Bundesgenossen der Vereinigten Staaten in Europa fallen sollte, dann wären die bisherigen Pläne gescheitert. Und die weitsichtigeren unter den außenpolitischen Beobachtern in Amerika beginnen sich die Frage nach anderen Lösungen für eine friedliche Beilegung der europäischen Probleme vorzulegen.

Adenauer verspricht Dollars

-ler. Vor dem Wirtschaftsbeirat der CSU in München hat dieser Tage Dr. Adenauer gesagt, daß das amerikanische Kapital der deutschen Wirtschaft nach einem Wahlsieg der CDU zu Hilfe kommen werde. Das ist eine erstaunliche Behauptung und sie wirft ein bezeichnendes Licht auf die Auffassungen, die der deutsche Bundeskanzler über Beziehungen zwischen den Völkern hat. Will er damit andeuten, daß zwischen der CDU und dem amerikanischen Großkapital eine Art Geschäftsverhältnis besteht, das sich bei entsprechendem Wohlverhalten des einen Partners durch entsprechende finanzielle Gaben des anderen Partners ausdrückt? Überträgt er die Abhängigkeit vom deutschen Großunternehmertum, in die seine Partei unter seiner Führung geraten ist, auch auf die Beziehungen zu den amerikanischen Kapitalisten?

Im übrigen verspricht der deutsche Bundeskanzler Dollars, über die er gar nicht verfügt. Schon bei früheren Gelegenheiten, zuletzt noch bei der 3. Lesung des General-Vertrages und während seiner Amerikareise, ließ er durchblicken, daß sich über die Bundesrepublik ein wahrer Goldsegen ergießen werde, wenn das deutsche Volk seiner Politik folge. Die Zufallsmehrheit des Bundestages folgte ihm, aber der Dollarsegen blieb aus. Die Dienstbeflissenheit der Koalition reichte nicht einmal zur Freigabe des in den USA beschlagnahmten deutschen Vermögens aus ...

Der deutsche Bundeskanzler scheint eine eigenartige und für die USA nicht gerade schmeichelhafte Meinung über die USA zu haben. Einmal sagt er dem erschreckten deutschen Volk, die USA würden uns im Stiche lassen, über unsere Köpfe hinweg und auf unsere Kosten mit der Sowjetunion verhandeln, wenn wir nicht tanzen, wie jenseits des großen Wassers gepfiffen wird und ein andermal sollen wir überreichlich belohnt werden, wenn wir uns im Sinne des Kanzlers wohlverhalten. Bleibt die Frage: Für wen handelt und spricht eigentlich der gegenwärtige deutsche Bundeskanzler?

Man stelle sich einmal vor, in England würde Winston Churchill den Versuch machen, eine bestimmte politische Konzeption mit dem Hinweis durchzusetzen, ihre Annahme würde vom Auslande finanziell belohnt werden ...

+ + +

Das Beispiel der Heimkehrer

i. Daß schlechte Beispiele gute Sitten verderben, ist leider eine häufigere Erfahrung, als daß gute Beispiele Schule machen. Ein gutes Beispiel sollte deshalb hervorgehoben werden. Hervorgehoben werden muß deshalb noch einmal der Verbandstag der Heimkehrer Niedersachsens.

Nach einigen recht zweifelhaften Zusammenkünften soldatischer Organisationen, deren Mitglieder nicht das unbeschreibliche Schicksal langjähriger Kriegsgefangenschaft zu tragen hatten, zeigte die Delegiertagung des Verbandes der Heimkehrer, Kriegsgefangenen- und Vermisstenangehörigen am letzten Sonntag, wie man es auch machen kann. Nicht Fanfarengeschmetter, sondern sachlicher Ernst war der Tenor. Ihnen lag nichts an Fahnen und Märschen, sondern alles an praktischer Hilfe und staatsbürgerlicher Verantwortung. Der Bundesvorsitzende Oberbürgermeister Fischer sprach es aus: "Wir wollen den Stahlhelm, den man uns mit Preßlufthämmern zertrümmert hat, nicht mit Sidel wieder aufpolieren. Wir haben dem deutschen Volk doch etwas Besseres zu bieten".

Dieser Verband bemüht sich mit Erfolg, einen eigenen Stil und neue Formen zu finden. "Wir haben uns deshalb nicht nach Regimentern und Divisionen aufgeteilt. Wir wollen die hilfsbereite Freundschaft. Und wir wollen das Ethos aus der Soldatenzeit nicht zum Pathos werden lassen, es vielleicht im Herzen, aber nicht im Munde tragen!"

"Für uns gibt es auch kein 20. Juli Problem. Wir haben zulange mit Äzeln hinterm Stacheldraht gesessen, um zu wissen, daß die Überzeugung entscheidet. Einige haben zu viel gewußt und haben deshalb den Weg zum 20. Juli gehen müssen. Viele haben zu wenig gewußt und haben deshalb bis zum 8. Mai 1945 ausgeharrt". Das waren bemerkenswerte Einsichten, die man auf anderen Tagungen vermißt.

Der Heimkehrerverband hat auch einen klaren Beweis seiner überparteilichen Stellung geliefert. Er macht im Wahlkampf Versammlungsferien. Sie würden nur unterbrochen, wenn die Bundesregierung das vom Bundestag beschlossene Entschädigungsgesetz für ehemalige Kriegsgefangene nicht verkünden sollte. "Die Bundesregierung wird uns nicht nehmen können, was das Volk gegeben hat".

Es war wohlthuend und ermutigend, von den Schwergeprüften ein Beispiel demokratischer Mitarbeit und Verantwortung zu erleben. Ein Beispiel auch dafür, wie Leidtragende von Gestern zu Mitträgern des Heute werden. Es war ein Verbandstag, an dem alle, Teilnehmer und Gäste, freudigen Herzens die dritte Strophe des Deutschlandliedes singen konnten.

Bürgerliche Uneinigkeit

rw-Düsseldorf

Wenn die Bedeutung von politischen Parteien sich umgekehrt zur inneren Unsicherheit ihrer Gremien verhalten und sich nach der Größe der Kämpfe um die Bundestagskandidaten-Rangfolge richten würde, dann stände es in Nordrhein-Westfalen mit CDU, FDP, Zentrum, BHE und den vielen anderen weitaus besser als mit der SPD. Mit disziplinierter Ruhe hat die nordrhein-westfälische SPD ihre Vorbereitungen für den Wahlkampf getroffen und ihre Kandidaten aufgestellt. Keine andere Partei in diesem Lande kann ein gleiches von sich behaupten. Es wird auch gar nicht versucht.

Am bekanntesten sind die Auseinandersetzungen innerhalb der nordrhein-westfälischen FDP. Sie haben zwar zur Ausschaltung Dr. Achenbachs geführt, aber deshalb ist der Haus-Streit noch nicht entschieden, der Kompromiß gleicht einem Waffenstillstand auf sehr beschränkte Zeit. Die Umrisse der einzelnen Gruppen zeichnen sich immer deutlicher ab. Ein Kreis hat sich als "Liberaler Bund" um den Wuppertaler Widerstand gegen die Mittelhaube-Linie gebildet, sozusagen als Reserve für kommende schärfere Auseinandersetzungen. Dr. Mittelhaube hat offensichtlich an Einfluß und Gewicht verloren. Die politische Grundhaltung der nachrückenden und nachdrückenden Kräfte aber ist nicht viel weniger verschwommen. Nur in einem Punkte scheint die nordrhein-westfälische FDP in ihrer gegenwärtigen Prägung und Führung einig zu sein: In der scharfen Ablehnung der SPD und jedes auch nur eventuell möglichen Zusammengehens mit ihr in einer kommenden Bundeskoalition.

Was an vernehmbaren Stimmen aus der CDU in die Öffentlichkeit drängt, betrifft fast ausschließlich höchst weltliche Interessenten-Belange. Da will vor allem die Industrie, da wollen die Unternehmerverbände, der Handel und die Haus- und Grundbesitzer, Landwirte und Handwerker, die KAB und schließlich auch die evangelischen Organisationen ihren Teil abbekommen.

Recht eigentümliche Blüten hat der Wahlkampf beim nordrhein-westfälischen Zentrum getrieben. Als Dr. Adenauer merkte, daß das Zentrum nicht zur praktischen Selbstaufgabe bereit war, kam es mit der CDU zu keinem Verhandlungsergebnis. Auch der Seitenweg zur Bayernpartei führte in eine Sackgasse. Da erfand das Zentrum den Lobgesang auf die Trennung von Erst- und Zweitstimme. Wer, so argumentierten die Zentrumsstrategen, seine Erst- und seine Zweitstimme der CDU gibt, versündigt sich gegen sein christliches Gewissen. Denn die CDU habe mit der Erststimme genug, die Zweitstimme nutze ihr nicht mehr viel. Aber dem Zentrum könne die christliche Zweitstimme zu weit mehr als fünf Prozent verhelfen.

Was soll man vom BHE viel sagen. Er ist in Nordrhein-Westfalen schwach, ein Verein seltsamer Trägung, dessen personelle Vertretung und Zielsetzung sich immer weiter von der ursprünglichen politischen Aufgabenstellung entfernen. Aufs ganze gesehen bietet das bürgerliche Lager ein Bild bemerkenswerter Uneinheitlichkeit und Uneinigkeit, in dem für diese Parteien insgesamt ein erhebliches Gefahrenmoment liegt.

+ + +

"Die Alliierten des Kanzlers"

"Man hat sich auf Drängen Adenauers trotzdem entschlossen, diese Konferenz in Baden-Baden abzuhalten. Wie vieles, was sich zurzeit in der internationalen Politik ereignet, so dient auch diese Tagung dazu, Argumente für den Wahlkampf in Westdeutschland zu liefern".

"Basler National Zeitung" 7.8.53

x

"...der Impuls zu diesem Treffen scheint vor allem von Dr. Adenauer ausgegangen zu sein, der diese erste internationale Konferenz auf deutschem Boden, in der die Zukunft eines vereinten Europa diskutiert wird, ganz klar als einen Pfeil in seinem Wahlkoffer betrachtet".

"Times" 7.8.53

x

"...einer Konferenz, die zugeständenermaßen hauptsächlich darum zu diesem Zeitpunkt stattfindet, um dem 77 Jahre alten Bundeskanzler in der augenblicklichen deutschen Wahlkampagne zu helfen. Das Resultat genügt, um ihm zu ermöglichen, zu versichern, daß auf dem Wege zu seinem Ziel der Westeuropäischen Integration ein neuer Fortschritt erzielt worden ist".

"New York Herald Tribune" 8.8.53

x

"Die Italiener hatten um die Verschiebung der Baden-Baden-Konferenz bis zum 12. August gebeten, da sie hofften bis dahin eine Regierung zu haben. Aber Herr Adenauer war dagegen, was hier manche dazu veranlaßt hat, anzunehmen, er benötige dringend der Mitarbeit der Franzosen im Hinblick auf die russischen Angebote und später für die deutschen Bundestagswahlen".

"Manchester Guardian" 6.8.53

x

"Man glaubt, Dr. Adenauer möchte, daß die Außenminister in den Chorus der Erklärung Präsident Eisenhowsers einfallen, die deutsche Einheit und die Mitgliedschaft der Deutschen in der EWG seien nicht nur vereinbar miteinander, sondern müßten Hand in Hand gehen. Es ist unwahrscheinlich, daß sie dies tun werden".

"Manchester Guardian" 7.8.53

x

"Obwohl das gemeinsame Frühstück von Bundeskanzler und Herrn Georges Bidault keine wirkliche politische Bedeutung hat, betrachtet man es hier doch als einen Prestigeerfolg für den Kanzler, da es einen unzweifelhaften Wert für die Wahlen besitzt..."

"Le Monde" 11.8.53

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau